HAL
open science

Rechtsextremismus in populistischer Gestalt. Front National und Vlaams Blok

Gilles Ivaldi, Marc Swyngedouw

To cite this version:

Gilles Ivaldi, Marc Swyngedouw. Rechtsextremismus in populistischer Gestalt. Front National und Vlaams Blok. Frank Decker. Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, VS-Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, pp.121-143, 2006. halshs-00090232

HAL Id: halshs-00090232

https://shs.hal.science/halshs-00090232v1

Submitted on 30 Aug 2006

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

Gilles Ivaldi / Marc Swyngedouw

Rechtsextremismus in populistischer Gestalt: Front National und Vlaams Blok*

Einleitung

Das Wiedererstarken der extremen Rechten in Westeuropa hat große Aufmerksamkeit in der politikwissenschaftlichen Forschung auf sich gezogen. Inzwischen liegen zahlreiche Vergleichsstudien vor, die dem Phänomen mit zum Teil umfassenden Erklärungsmodellen auf den Grund gehen (vgl. z.B. Eatwell / Mudde 2004, Decker 2004, Schain / Zolberg / Hossay 2002, Gibson 2002, Hainsworth 2000, Betz / Immerfall 1998, Kitschelt 1995). In diesen Studien wurde zu Recht die Heterogenität der rechtsextremen Parteiengruppe im Hinblick auf ihre historischen Wurzeln und Einbettung in die jeweiligen nationalen Parteiensysteme hervorgehoben. Jenseits davon gibt es allerdings auch markante Parallelen und Übereinstimmungen. Vlaams Blok (im Folgenden: VB) in Flandern und der französische Front National (im Folgenden: FN) sind dafür ein gutes Beispiel. Beide Parteien gehören derselben Klasse von ‚rassistischen', populistischen und Anti-System Parteien am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums an, welche sich signifikant von anderen Typen ‚neo-populistischer' Parteien (wie z.B. den Fortschrittsparteien in Skandinavien, der österreichischen FPÖ, der ‚Liste Pim Fortuyn' in den Niederlanden oder der Lega Nord in Italien) oder eher traditionellen Akteuren wie der dem neofaschistischen italienischen MSI (aus dem die heutige Alleanza Nazionale hervorgegangen ist) und der deutschen extremen Rechten unterscheiden (Mudde 2000, Taggart 1995). Der vorliegende Aufsatz rückt die ideologischen Inhalte des rechtsextremen Populismus in den Mittelpunkt der Betrachtung. Es geht also um den Widerstand gegen demokratische Institutionen, Ungleichheit als einen der Kernwerte, die Vorstellung vom moralischen Verfall, Unterwerfung der Individuen unter die Gemeinschaft und die Suche nach einem dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Der Rechtsextremismus ist ideologisch rigider als die eher kontextabhängigen und ‚elastischen' Konzepte des Populismus oder Neo-Populismus (Abts 2004), deren grundlegenden Ideen von Volk, Demokratie oder nationaler Souveränität es an inhaltlicher Substanz mangelt. Der Populismus bleibt in der Essenz ein Vehikel für die Massenmobilisierung schon existierender Anti-Parteien-Gefühle, das auf der

* Übersetzung von Sandra Fischer.

Gegenüberstellung von einfachem Volk und politischer Elite beruht (siehe den Beitrag von Lars Rensmann in diesem Band).

Im folgenden gilt es die Situation des flämischen VB und des französischen FN seit Mitte der achtziger Jahre anhand einiger Schlüsselelemente der Parteiideologie, des politischen Wettbewerbs und des Parteiensystemwandels zu betrachten. Die Analyse der Sichtweisen und ideologischen Grundüberzeugungen, welche einen Teil der von FN und VB erschaffenen Utopie einer ‚neuen Gesellschaft' ausmachen, weisen auf bedeutende Gemeinsamkeiten im Ideensystem der beiden Parteien hin. Dieses besteht aus ethnozentristischen, autoritären und anti-egalitären Komponenten, die den Grundprinzipien der liberalen Demokratie widerstreiten.

In den siebziger Jahren und zu Beginn der achtziger Jahre noch völlig erfolglos, konnten sich sowohl die flämischen als auch die französischen rechtsextremen Vertreter seit Mitte der achtziger Jahre als ernstzunehmende Konkurrenten der Mitte-Rechts-Parteien in ihren Ländern etablieren. Die zunehmende Wählerunterstützung hat aber nichts daran geändert, dass beide Parteien von einem Großteil der Wähler nach wie vor mit der extremen Rechten identifiziert werden. Anders als ihre populistischen Gegenstücke in Österreich, Italien und den Niederlanden, denen es sogar gelungen ist, in die nationalen Regierungen einzutreten, bleibt das Koalitionspotenzial der flämischen und französischen Rechtsextremisten so stark eingeschränkt, dass sie aus der Sphäre der „Mainstream-Politik" weiter ausgeschlossen sind.

1.) Die Utopie der extremen Rechten in Belgien und Frankreich

Nach der Definition von Mannheim in *Ideologie und Utopie* (1929) kann die rechtsextreme Ideologie als ein ausgeklügeltes System von Ideen bezeichnet werden, deren utopischer Charakter darin besteht, dass sie den gesellschaftlichen und politischen Status quo zurückdrehen möchte. Hauptziel der rechtsextremen Utopie ist es, die bestehenden Machtverhältnisse und regulierenden Normen in der heutigen Gesellschaft zu verändern. Im Zentrum des Wahlaufrufs an die ‚einfachen Bürger' steht dabei das Verlangen nach einer radikalen Transformation des sozio-politischen Systems (Swyngedouw 2000, Hunter 1997). Die extreme Rechte postuliert eine gesellschaftliche Ordnung, die noch nie wirklich existiert hat, und in ihrer Frustration über die angebliche Unvollkommenheit der existierenden Verhältnisse drohen sie damit, diese Utopie mit Gewalt wahr werden zu lassen (Merkl / Weinberg 1997).

Der Charakter dieser Utopie als ein fest strukturiertes System ideologischer Glaubenssätze ist ein Schlüsselfaktor, um den Aufstieg und die elektorale Stabilisierung des Rechtsextremismus nachvollziehen zu können. Trotz bedeutsamer Veränderungen im Parteienwettbewerb und den Koalitionsbeziehungen hat sich das ideologische Fundament beider Organisationen über die Jahre als außerordentlich beständig erwiesen. In den meisten Fällen blieben taktische Anpassungen darauf reduziert, den politischen Stil aufzupolieren und die radikalen Elemente der Ideologie zu glätten, um das Koalitionspotenzial der Partei zu erhöhen.

Von daher muss der Namenswechsel von *Vlaams Blok* in *Vlaams Belang* als ein Versuch gesehen werden, den sogenannten *cordon sanitaire* zu durchbrechen, der von den Mainstream-Parteien als Schutzwall gegen die extreme Rechte errichtet worden war. In ideologischer Hinsicht stellt das Programm des neu gegründeten Vlaams Belang eine Fortführung dessen dar, was auch der Vlaams Blok vertreten hat, allerdings in einer sprachlich entschärften Version. Die Anpassung des Programms soll dazu dienen, den gegenüber der Partei erhobenen Rassismusvorwurf zu entkräften, um sie als Koalitionspartner für den Mitte-Rechts-Parteien in Flandern (Christdemokraten und Liberalen) akzeptabel zu machen.[1]

Der 1999 erfolgte Bruch innerhalb des französischen FN, der zum Austritt Bruno Mégrets und zur Abspaltung des *Mouvement National Républicain* (MNR) vom FN führte, hatte ebenfalls keine primär ideologischen Gründe. Tatsächlich wiesen (und weisen) die politischen Manifeste der beiden rivalisierenden Parteien große Ähnlichkeiten auf. Dies ist auch nicht sonderlich überraschend, wenn man sich vergegenwärtigt, dass Mégret als ehemaliger Generaldelegierter des FN und früheres Mitglied des *Club de l'Horloge* an der Formulierung der ideologischen Grundlinien der Partei beteiligt war. Der Streit zwischen Le Pen und Mégret war kein Kampf um die ideologische Ausrichtung der Bewegung, sondern der Höhepunkt eines langen Machtkampfes in der Auseinandersetzung um die richtige Parteistrategie. Auf der einen Seite standen dabei die eher pragmatisch und themenorientierten Kräfte um Mégret, die den FN für ein Zusammengehen mit der

[1] Am 9. November 2004 wurde der Vlaams Blok vom Obersten Berufungsgericht verurteilt, regelmäßig und systematisch rassistische Meinungen geäußert zu haben. Der Schuldspruch veranlasste die Führung, eine neue Partei unter dem Banner Vlaams Belang (Flämisches Interesse) zu lancieren. Den eigenen Anhängern gegenüber wurde die Neugründung als bloße Weiterführung des Vlaams Blok ausgegeben, zu der man gezwungen sei, um weiterhin öffentliche Subventionen zu erhalten. Trotz der Zusicherung des Parteivorsitzenden Van Hecke, dass die alten ‚Parteiprinzipien' ihre Gültigkeit behielten, entschloss man sich, eine kürzere und überarbeitete Version des Programms auf der Basis der alten ‚Prinzipien' vorzulegen, aus dem besonders kontroverse Passagen (wie z.B. die Unterstützung des vormaligen Apartheid-Regimes in Südafrika) getilgt wurden.

bürgerlichen Rechten öffnen wollten, auf der anderen Seite die Vertreter der alten Orthodoxie um Le Pen, die ein solches Zusammengehen strikt ablehnten (Ivaldi 1999).

a) Neo-Rassismus

In der Ideologie des VB und des FN wird die Menschheit in Gruppen unterteilt, genauer in sogenannte *in*- und *outgroups*. Aus dieser ethnozentrischen Sicht bezieht sich der Begriff *ingroup* auf Gruppierungen, zu denen das Individuum angeblich gehört, während mit *outgroup* all die Menschen gemeint sind, die als anders wahrgenommen werden, sei es aufgrund ihrer ethnischen Abstammung, ihrer Religion oder ihrer Kultur. Im Wesentlichen behaupten beide Parteien, dass die Menschen nicht gleich seien und daher auch nicht als gleich(wertig) angesehen werden sollten. Angesichts der anti-rassistischen und anti-faschistischen Tabus, welche in Folge des Zweiten Weltkrieges aufkamen, und aufgrund bestehender Anti-Rassismus-Gesetze in beiden Ländern, wurden offen rassistische Anklänge, das heißt Aussagen, welche sich auf rein biologische (ethnische) und genetische Unterschiede stützen, aus dem ideologischen Arsenal der extremen Rechten entfernt. In den Positionen, die VB und FN in den Fragen der Einwanderung und (Ausländer)integration einnehmen, bleibt das rassistische Gedankengut aber weiterhin erkennbar.

Der theoretische Rahmen des kulturellen Rassismus, in dem sich der FN bis heute bewegt, wurde in den späten siebziger Jahren von der französischen Neuen Rechten begründet. Der ‚egalitäre Neo-Rassismus' versuchte zunächst, die Betonung auf kulturelle und sittliche Differenzen zwischen Europäern und Nicht-Europäern zu legen. Um dem Vorwurf des (offenen) Rassismus zu entgehen, bediente man sich dazu des egalitären Repertoires der Linken. In den neunziger Jahren tauchten allerdings im Umfeld der Einwanderungsdiskussion die biologistischen Begründungen der Ungleichheit wieder auf (Ivaldi 2003). Die Unterscheidung, welcher der FN im Hinblick auf Franzosen und nicht-europäische Ausländer macht, gründet danach nicht nur auf der traditionellen Entgegensetzung von ‚Zivilisation' und ‚Barbarei' (so Le Pen in *Le Monde*, 4. September 1993), sondern ausdrücklich auch auf den unterschiedlichen ‚Begabungen' und ‚Leistungen' von ‚Weißen' und ‚Schwarzen' (Le Pen in *Libération*, 31. August / 1. September 1996).

In Belgien wagt sich die Spitze des VB selten, eine solche Unterscheidung auf rein biologischer Basis vorzunehmen. Nichtsdestotrotz postuliert das Konzept der ‚fundamentalen natürlichen Ungleichheit zwischen den Gemeinschaften', das in den ‚Prinzipien' festgehalten ist, eine ethnische Hierarchie, in welcher die Flamen an der Spitze stehen, dicht gefolgt von

den Niederländern und den südafrikanischen Buren (Afrikaaner) als Mitglieder desselben ‚Volkes', die eine gemeinsame Kultur und Sprache miteinander teilen. Auf der darunter liegenden Stufe der Hierarchie folgen die als mehr oder weniger gleichwertig angesehenen assimilierten (französisch sprechenden) Flamen in Brüssel, die französischsprachige Wallonie und das in Nordfrankreich gelegene französische Flandern, dessen Bevölkerung laut VB in ‚besetztem Gebiet' lebe. Diesen sind wiederum die europäischen Ausländer untergeordnet, die zwar als Weiße die gleichen ethnischen Wurzeln wie die Flamen hätten und derselben abendländischen Zivilisation entstammten, deren kultureller Hintergrund aber aufgrund ihrer nationalen Zugehörigkeit verschieden sei. Am Ende der Gemeinschaftsskala stehen die nicht-europäischen Ausländer, welche weder Sprache und Kultur noch die ethnische und territoriale Herkunft mit der eingesessenen Bevölkerung teilten.

b) Volk und Führung

Innerhalb der *ingroup* nimmt die extreme Rechte eine Unterscheidung vor zwischen den Individuen, die national eingestellt seien und sich ethnisch „engagierten" und den anti-nationalen bzw. kosmopolitischen Kräften, die sich ihrer Ethnie nicht verpflichtet fühlten. Die Erstgenannten zeichneten durch höhere moralische Wertvorstellungen aus, die notwendig seien, um ein Gegengewicht zum menschlichen Egoismus zu schaffen, wie z.B. Verantwortungsbewusstsein, Opferbereitschaft, soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Toleranz und Nächstenliebe. Ihre Lebenseinstellung fuße auf der ‚notwendigen Solidarität aller mit allen in einer Gemeinschaft' (VB Prinzipien).

Die Individuen, die sich nationalen Prinzipien verpflichtet fühlten, bilden nach rechtsextremer Auffassung einen Teil jener Elite, die den Massen den richtigen Weg weisen, sie vor teuflischen Einflüssen schützen und ihr die notwendige Selbstdisziplin eintrichtern müsse (Taguieff 1989). Die Unterscheidung zwischen Elite und Massen basiert auf der Annahme, dass die Menschheit im Wesentlichen schwach sei, obwohl sie durchaus „in der Lage sein könne, „die moralische Bedrohung, welche auf ihrer Zukunft liegt, zu erspüren." Die aufgeklärte Elite, das heißt die rechtsextreme Partei, müsse daher die Führung übernehmen und „den Aufstand des Volkes leiten, welcher das Land von Dekadenz befreien wird" (Le Pen in *Libération*, 15. Juli 1996).

Das Prinzip der natürlichen Ungleichheit bezieht sich auch auf die Unterschiede, die zwischen den Individuen innerhalb einer bestimmten Gruppe bestehen. Gemäß der ‚aristokratischen Idee' der Rechtsextremen ist es „unmöglich, die natürliche Ungleichheit und

(individuelle) Variationsbreite eines Individuums zu ignorieren“ (VB Prinzipien). Der Egalitarismus sei falsch, weil er den Regeln der Natur zuwiderlaufe und sich an den Fähigen versündige (Le Pen, zit. nach Taguieff 1989: 179). Ähnlich wichtig ist die Vorstellung einer ‚arbeitenden Menschheit‘. Für die Rechtsextremen gibt es kein Recht auf Faulheit und keinen ‚homo ludens‘. Rechte können ihrer Ansicht nach nur durch produktive Arbeit erlangt werden, wobei diese Pflicht nicht auf den ökonomischen Sektor beschränkt ist. Frauen sollten z.B. vorzugsmäßig innerhalb der Familie arbeiten und dort die Kindererziehung übernehmen. Das Konzept schließt also auch die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern mit ein, indem es die natürliche Rolle des Mannes der Produktionssphäre und die Rolle der Frau der Reproduktionssphäre zuordnet.

c) Gemeinschaft

Die Utopie, die FN und VB entwerfen, ist die einer gewachsenen, organischen Gemeinschaft, die in überlieferten Werten wurzelt. Im Falle des VB lässt sie sich direkt auf das Konzept von Tönnies zurückführen, der die natürliche Gemeinschaft seinerzeit mit der traditionellen Haushaltsökonomie verbunden hatte (Sywngedouw 1995a). Es ist eine Gesellschaft, in der es keinen Unfrieden gibt und die Unterschiede zwischen gut und böse klar erkennbar sind. Der FN definiert die Gemeinschafts-Utopie in den Begrifflichkeiten einer ‚konservativen Revolution‘. Das Konzept wurde Mitte der achtziger Jahre an die Partei herangetragen, als der FN im zersplitterten Lager des französischen Rechtsextremismus nach neuen Verbündeten suchte (Ivaldi 1998). Dem „Solidarismus“ des VB ähnlich, legt es den Hauptakzent auf organische und hierarchische Werte; die Menschen werden angehalten, den natürlichen Gesetzen der Natur zu gehorchen.

Für beide Parteien stellt die Familie die Basiseinheit einer so strukturierten Gemeinschaft dar. Nach Le Pen ist die Familie „die äußerste Wahrheit und eine biologische Realität“ (zit. nach Taguieff 1989: 215). Familien könnten nur aus verheirateten heterosexuellen Paaren bestehen, deren Pflicht es sei, Kinder zu bekommen, um die Gemeinschaft aufrechtzuerhalten und zu stärken. Teil der erzieherischen Aufgabe der Familie sei es, den Kindern nationales Pflichtgefühl und Engagement einzuflößen. Für den VB ist ein Durchschnitt von 2,1 Kindern pro Frau das absolute Minimum, um die Population konstant zu halten. Der FN spricht sich für eine effektive Familienpolitik mit höheren finanziellen Leistungen aus, um den Geburtenrückgang aufzuhalten, den Verhütung und Abtreibung verschuldet hätten. Beide Parteien lehnen eine Liberalisierung des Ehe- und

Abtreibungsrechts strikt ab. Homosexualität, ethnische Vermischung, außerehelicher Sex, Abtreibungspille, die Verwendung von Kondomen zur Aids-Prävention und der Gebrauch weicher Drogen betrachten sie als Zeichen moralischen Verfalls, dem durch strengere Gesetze begegnet werden müsse.

Die Hauptverantwortung für die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der traditionellen Werte liegt nach rechtsextremer Auffassung beim Staat, der dazu aber längst nicht mehr über die notwendige Macht und Autorität verfüge. Um dies zu ändern, sollten laut VB Individuen ‚mit einem übertriebenen Sozialgewissen aus den Polizeikräften und dem Gerichtswesen aussortiert werden'. Die Bürger müssten auch über die soziale Ordnung und Disziplin wachen. Das Projekt einer Sechsten Republik des FN sieht ein repressiveres Strafrechtssystem vor, dessen zentrales Element die Wiedereinführung der Todesstrafe und das allgemeine Prinzip der „schnellen und sicheren Gefängnisverurteilung ohne jedwede Möglichkeit auf Bewährung" ist (*Für eine französische Zukunft*, 2002). Der Forderungskatalog des VB liest sich ähnlich; er enthält u.a. die Einführung von privaten Bürgerwehren, härtere Strafen für vermeintlich geringfügige Delikte, die Zulässigkeit illegal gesammelter Beweise vor Gericht, eine Verschärfung des Strafvollzugs und die dauerhafte Wegsperrung von Gewohnheitsverbrechern.

d) Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

Die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen des VB sind stark von den autoritären Theorien der dreißiger Jahre beeinflusst, die als ‚Solidarismus' bezeichnet werden. Diese Theorien zielten und zielen darauf ab, ein Gefühl von Solidarität zwischen Kapitalisten und Arbeitern herzustellen, um das gemeinsame Interesse des Volkes und des Staates zu befördern. Die flämische Variante des Solidarismus wurde in den dreißiger Jahren von Verdinaso (*het Verbond van Dietse NationaalSOlidaristen*) und dem VNV (*Vlaams-Nationalistisch Verbond*) entwickelt, die während des Zweiten Weltkrieges beide mit den Nazis zusammenarbeiteten. In den Prinzipien des Vlaams Belang von 2004 gibt es zwar keinen direkten Verweis mehr auf den Solidarismus, doch verraten die im Juni 2005 auf einer wirtschaftspolitischen Programmtagung der Partei formulierten Thesen nach wie vor dessen Handschrift. Der VB definiert den Solidarismus als einen Dritten Weg zwischen dem ausbeuterischen Kapitalismus der freien Marktwirtschaften und dem zwangausübenden kommunistischen System. Nach Parteichef Dewinter „verdankt der VB seinen Sieg der Tatsache, dass er einige neue Probleme vorbringt, die nicht in das ideologische Raster der

traditionellen Parteien passen (...). Die alte Achse ‚Kapital versus Arbeit' wird langsam aber sicher durch eine neue ‚multikulturelle versus nationale Identität' ersetzt" (zit. nach Mudde 1996: 243).

Auch im FN konnte sich die *Solidariste* Bewegung an der Führungsspitze etablieren, und zwar durch Jean-Pierre Stirbois' *Union Solidariste*, die in den späten siebziger Jahren der Partei beitrat. Indem er seine Programmatik Mitte der achtziger Jahre durch neoliberale Ansätze anreicherte, stellte sich der FN zwar gegen die von Stirbois unterstützte Option einen ‚Dritten Weges'. Dennoch bedienten die 1993 veröffentlichten *300 Vorschläge für die Sozial- und Wirtschaftspolitik* das traditionelle korporatistische Thema der Solidarität. Analog zu den Vorstellungen des VB möchte die Partei danach neue Formen der Solidarität fördern, die nicht mehr auf sozialen Klassen, sondern auf einer pro-nationalen Gesinnung basierten, um darüber möglichst alle benachteiligten Gruppen in die Gemeinschaft zu integrieren (*Le Monde*, 18.-19. Februar 1996).

In der Wirtschaftspolitik favorisieren VB und FN neoliberale Prinzipien nur soweit, wie sie den Interessen der Volksgemeinschaft nicht schaden. Indem sie das Festhalten am freien Markt mit protektionistischen Forderungen und Wohlfahrtschauvinismus verbinden, gelingt es ihnen, elektorale Unterstützung sowohl aus der Arbeiterklasse als auch aus dem Kleinbürgertum zu gewinnen (Evans 2003, Betz / Immerfall 1998). War das wirtschaftspolitische Projekt, das der FN in den achtziger Jahre vertrat, noch weitgehend an das kleinbürgerliche Wählerpublikum adressiert, so kam es ab Mitte der neunziger Jahre zu einer deutlichen Akzentverlagerung der Parteiideologie in die anti-liberale Richtung, die einerseits durch das Erstarken des solidaristischen Flügels in der Parteiführung und andererseits durch den wachsenden Arbeiteranteil unter den FN-Wählern vorangetrieben wurde. Dies führte zu einer gemischten wirtschaftspolitischen Plattform, die liberale, protektionistische und sozialstaatliche Forderungen miteinander vereinte. Der FN machte sich nun vermehrt für die Rechte der Arbeiter und anderer sozial benachteiligten Personen stark; er stimmte in den anschwellenden Chor der Globalisierungskritiker mit ein und brandmarkte „den anonymen und vagabundierenden Kapitalismus der multinationalen Freimaurer-Unternehmen, welche die Welt beherrschen wollen" (Le Pen in *Le Monde*, 3. Mai 1996).

Hatte der FN die außenpolitischen Bindungen Frankreichs zur EU und NATO in den achtziger Jahren noch ausdrücklich gutgeheißen, so wurde diese Position in den neunziger Jahren durch eine konsequente Anti-Haltung ersetzt und die Integration in den europäischen Staatenverbund ebenso in Frage gestellt wie die Weltmachtrolle der USA. Im April 2000 sprach sich der Parteikongress dafür aus, aus der EU auszutreten und den Franc

wiedereinzuführen. 2005 widersetzte sich die Partei dem EU-Verfassungsvertrag und rief die französischen Bürger auf, im Referendum mit Nein zu stimmen. Die anti-amerikanische Ausrichtung des FN wurde bereits in den frühen neunziger Jahren deutlich, als Le Pen gegen die von den USA entworfene „neue Weltordnung“ polemisierte und im zweiten Golfkrieg offen die Partei Saddam Husseins ergriff (den er in Bagdad sogar besuchte). 2003 verurteilte Le Pen die US-Intervention im Irak nicht minder heftig als einen „Krieg der Arroganz und Räuberei“.

Die Haltung des VB zum europäischen Integrationsprozess ist etwas nuancierter. Einerseits wünscht sich die Partei ein starkes und mächtiges Europa, das auf der internationalen Bühne als Einheit spricht und handelt. Charakteristisch für dieses Denken sind die Forderungen nach einem voll entwickelten europäischen Verteidigungssystem (nicht zuletzt um der „islamischen Gefahr“ entgegentreten zu können) und einer abgestimmten Einwanderungs- und Asylpolitik. Andererseits aber widerspricht der VB lauthals dem „erstickenden Zentralismus“ Europas, der als Verstoß gegen das unveräußerliche Recht eines Volkes gesehen wird, sein eigenes Schicksal selbst zu bestimmen. Entsprechend heftig wird die Brüsseler „Eurokratie“ gescholten und ein Rückzug der EU aus den Kernbereichen der nationalen Souveränität (Innere Sicherheit, Sozialpolitik, Bildung, Erziehung, Kunst) angemahnt (Swyngedouw / Abts / Van Craen 2005). Dieselbe Ambivalenz zeigt sich auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Hier befürwortet der VB die Herstellung des freien Binnenmarktes im Inneren, um nach außen hin ebenso rigoros für protektionistische Maßnahmen einzutreten, die die EU vor Importen aus Nicht-Mitgliedsländern schützen sollen.

e) Parteien und politisches System

Ein Hauptmerkmal der rechtsextremen Strategie liegt im Aufbau eines populistischen Konzepts der ‚politischen Klasse‘ bzw. des ‚politischen Establishments‘, welches unterschiedslos alle anderen (etablierten) Parteien umfasst (Swyngedouw 1992, Schedler 1996). Anti-Parteien-Einstellungen und der Appell an ‚den Mann auf der Straße‘ sind in der rechtsextremen Agitation Seiten derselben Medaille. Gebetsmühlenhaft weisen FN und VB auf die angebliche Korruptheit und Unglaubwürdigkeit der (partei)politischen Klasse hin. Den Politikern wird nachgesagt, dass sich nur dafür interessierten, ‚die eigenen Taschen zu füllen‘ und ihre Parteigänger auf Kosten des einfachen Mannes zu privilegieren. So bekennt sich z.B. der FN zwar offiziell zu den Prinzipien der repräsentativen Demokratie. Die Art und Weise,

wie er mit den von Le Pen als „Viererbande“ beschimpften Vertretern der etablierten Parteien und dem Zustand der französischen Politik insgesamt ins Gericht geht, verrät aber offen anti-systemische Anklänge.

Im FN geht die Anti-Parteien-Gesinnung einher mit antisemitischen Vorurteilen und den für die extreme Rechte typischen Theorien der Verschwörung und Manipulation. Den etablierten Parteien wird vorgeworfen, dass sie sich unter dem Einfluss jüdischer oder freimaurerischer Organisationen befänden. Schon 1987 hatte Le Pen den Weg für den Revisionismus geebnet, als er den Völkermord an den Juden und die Existenz von Gaskammern als bloße ‚Details‘ der Geschichte des Zweiten Weltkrieges bezeichnete (RTL, 13. September 1987). 2004 sollte sein Stellvertreter und engster Gefolgsmann Bruno Gollnisch diese Äußerung in kaum abgemilderter Form wiederholen (*Libération*, 12. Oktober 2004).

Ähnliche Charakteristika im Hinblick auf Anti-Parteien- und Anti-Establishment-Einstellungen können aus dem ideologischen Fundus der belgischen extremen Rechten hergeleitet werden. Der VB weist die Prinzipen der pluralistischen Demokratie nicht ausdrücklich zurück, setzt sich aber zugleich von den sogenannten „Farbenparteien“ ab, denen vorgeworfen wird, dass sie sich in einer Sphäre der Kleingeistigkeit und Cliquenwirtschaft bewegten und ihre Perspektive immer nur auf die nächsten Wahlen richteten. Um den moralischen Verfall aufzuhalten und zu einer Politik im Interesse des Volkes zurückzukehren, gibt es nach Ansicht der Rechtsextremen nur drei Möglichkeiten: Erstens könne man als Oppositionspartei im Parlament Druck ausüben und die anderen Parteien darüber zwingen, ihre Positionen den eigenen anzupassen (z.B. in der Einwanderungspolitik und Kriminalitätsbekämpfung). Zweitens erwartet der VB von der neuen politischen Elite des Landes, dass sie sich für die Unabhängigkeit Flanderns einsetzt, auch wenn dies gegen den mehrheitlichen Willen der flämischen Wähler geschehe. Und drittens schließlich müsse die Partei daran arbeiten, den linken Achtundsechzigern die ideologische und kulturelle Hegemonie in den Bereichen Erziehung, Bildung und Medien zu entreißen, um so die Voraussetzungen für einen politischen Wechsel zu schaffen (Spruyt 1995: 166).

f) Einwanderung

Der Aufstieg der rechtsextremen und -populistischen Parteien und Bewegungen in Westeuropa seit Mitte der achtziger Jahre ist eng mit dem Einwanderungsthema verbunden. Die Erfolge der neuen Herausforderer verdankten sich dabei einerseits ihrer Fähigkeit, das

Thema zu politisieren und auf der Agenda der vordringlichen Probleme nach oben zu rücken; zum anderen ist es ihnen gelungen, die Einwanderer aus nicht-europäischen Herkunftsländern als akute und potenzielle Bedrohung der eigenen kulturellen Identität hinzustellen (Swyngedouw 1995b).

In der Propaganda des FN richtet sich der einwanderungspolitische Diskurs insbesondere auf die Ausländer aus den maghrebinischen Ländern Nordafrikas. So brandmarkte Le Pen beispielsweise die ‚unerwünschten Einwanderer, welche das französische Sozialsystem in den Bankrott treiben, welche unsere Städte und Dörfer kolonisieren, welche die Gefängnisse überbevölkern, welche vergewaltigen und morden' (*Le Monde*, 23.-24. Juni 1996). Für den Vorsitzenden des FN „schafft Einwanderung alle Voraussetzungen für soziale Desintegration" (*RMC-Info*, 25. April 2002). Stets wird betont, dass die Kultur und Religion der Einwanderer unvereinbar sei mit der europäischen Kultur, in der Frankreich einen herausgehobenen Platz einnehme. Der Islam wird dabei als Hauptgefahr für die einheimische Zivilisation angesehen, der in seinem Streben, eine religiöse und politische Theokratie zu errichten, über die normalen Ziele einer Religion weit hinausweise (*Für eine französische Zukunft*, 2002). In ähnlicher Weise wird die ‚massive' Präsenz von Ausländern in Flandern von der VB-Propaganda als wichtigste Quelle des moralischen Verfalls angesehen und für den Anstieg der Kriminalität und Arbeitslosigkeit im Lande verantwortlich gemacht (*70-Punkte-Programm*). Der VB vertritt die Ansicht, dass der Islam den Grundprinzipien westlicher Demokratie wie Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Gleichstellung der Frau und Trennung von Kirche und Staat diametral entgegenstehe.

Die Integration der nicht-europäischen Ausländer wird von den rechtsextremen Parteien als unerreichbar und nicht gewünscht abgelehnt; stattdessen soll eine schrittweise Rückkehr der Einwanderer in ihre jeweiligen Herkunftsländer angestrebt werden. Im Kontext post-industrieller Gesellschaften, die mit steigenden Arbeitslosenraten, Wohnraumknappheit und der Krise des Wohlfahrtsstaates konfrontiert sind, wird die Notwendigkeit der Rückführung dabei nicht nur durch kulturelle, sondern auch durch ökonomische Argumente untermauert (Hargreaves / Leaman 1995). In beiden Fällen ist der „ausländerfeindliche Diskurs (...) ein Element in einem politischen Kampf um die Frage, wer das Recht verdient, vom Staat und der Gesellschaft versorgt zu werden: Ein Kampf um die kollektiven Güter des Staates" (Wimmer 1997: 32).

Das *70-Punkte-Programm* des VB führt eine Reihe von politischen Zielen auf, die unmittelbar auf Einwanderungsthemen abstellen. Interessanterweise wurde dieses Programm in weiten Teilen vom französischen FN übernommen und bildete die Grundlage von dessen

1995 und 2002 verabschiedeten Parteimanifesten. Um einer Verurteilung wegen rassistischer Positionen zu entgehen, sah sich der VB ab 2001 gezwungen, sein ausländerpolitisches Programm soweit zu entschärfen, dass es nicht mehr als offener Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention betrachtet werden konnte. So wird z.B. die Möglichkeit einer vollständigen Assimilation als Alternative zum „Rückzug“ nun stärker betont. An der grundsätzlichen Anti-Haltung hat die ideologische Mäßigung allerdings nichts geändert. Die konkreten ausländerpolitischen Forderungen des VB sehen z.B. vor, fundamentale Rechte wie Versammlungs- und Niederlassungsfreiheit, oder die Möglichkeit, Eigentum zu erwerben, für die Migranten einzuschränken. Dasselbe gilt für die staatlichen Leistungen im Erziehungs-, Bildungs- und Sozialversicherungssystem, die zunächst der einheimischen Bevölkerung zugute kommen sollen (Begrenzungen beim Arbeitslosen- und Kindergeld, Einführung einer Sondersteuer für Unternehmen, die „Fremdarbeiter“ beschäftigen usw.).

Auch im Programm des FN heißt es, dass die Leistungen des Wohlfahrtsstaates in erster Linie den Franzosen vorbehalten sind. Das Prinzip der nationalen Präferenz erstreckt sich auf nahezu alle Bereiche der Sozialpolitik und Daseinsvorsorge – von der Vergabe von Arbeitsplätzen über den Nutzung öffentlicher Einrichtungen bis hin zum Bezug von Sozialleistungen und den gesetzlich garantierten Mindestlohn. Des weiteren sollen nach den Vorstellungen der Rechtsextremen das Recht auf Familienzusammenführung eingeschränkt, die Aufenthaltsgenehmigungen begrenzt und straffällig gewordene Ausländer konsequent abgeschoben werden. Nur diejenigen Migranten sollten die französische Staatsbürgerschaft erlangen dürfen, die komplett in der nationalen Gemeinschaft aufgegangen seien und sich dieser ‚verpflichtet‘ fühlten. Der Beweis dessen sei in einer ‚langen Probezeit‘ zu erbringen, in der sich der Aspirant von jeglichen politischen Aktivitäten fernhalten müsse. Ähnlich streng lauten die Voraussetzungen, die der VB an den Erwerb der Staatsbürgerschaft knüpfen möchte. Ursprünglich war in den Programmen beider Parteien sogar die Forderung enthalten, die nach 1974 vorgenommenen Einbürgerungen einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen, was später aufgegeben werden musste. Umso größeren Nachdruck legen VB und FN auf die Feststellung, dass der Erwerb der Staatsbürgerschaft nur bei einer vollständigen Assimilierung des Bewerbers in Betracht komme.

g) Nationalismus

Im Zentrum der rechtsextremen Ideologie steht eine holistische Gesellschaftskonzeption, in der die ethnische Gemeinschaft vor den Individuen absoluten Vorrang hat. Die Einzelnen besitzen danach keine von der Mitwelt unabhängige personale Existenz, aus der sie universelle Rechte ableiten könnten, sondern sind im Gegenteil mit ihrer jeweiligen Gemeinschaft durch die soziale Kerneinheit Familie untrennbar verwoben. Entscheidend für die ethnische Verpflichtung sei die natürliche angeborene Verbundenheit und nicht das freiwillige Engagement. Männer und Frauen sind laut FN Erben der Tradition, der Kultur und der Werte der Nation, der sie angehören. Ihre Pflicht sei es, dieses Erbe zu bewahren und weiterzugeben. Im Gegensatz dazu werden individualistische Prinzipien als rein theoretische Abstraktionen angesehen, welche der Realität, die den Einzelnen an seine Abstammung koppelt, entgegenstünden. So heißt es im Manifest von 2002, dass „die Nation nicht auf einem Gesellschaftsvertrag beruht, sondern die Frucht einer natürlichen Ordnung ist."

Individuelle Rechte dürfen nach Auffassung der extremen Rechten der Pflichterfüllung innerhalb der ethnischen Gemeinschaft nicht entgegenstehen. Sie finden in der Programmatik deshalb nur im Zusammenhang mit staatlichen Leistungen Erwähnung und werden dabei in der Regel negativ gefasst. So listet z.B. der VB eine Reihe von ‚Vergehen' auf, die dazu führen sollen, dass jemand seine Grundrechte oder seine Staatsangehörigkeit verwirkt, er also aus der gemeinschaftlichen Solidarität ausgeschlossen wird (Spruyt 1995: 100). Die Gemeinschaft ist für VB und FN gleichbedeutend mit der ethnischen Nation; sie wird als eine Einheit von Individuen gesehen, welche die gleiche Kultur, die gleiche Abstammung und ein klar abgegrenztes Territorium miteinander teilen (Swyngedouw 1995a). Individuen oder Gruppen, die einen anderen kulturellen oder ethnischen Hintergrund aufweisen, können folglich nicht für sich beanspruchen, Mitglieder der bestehenden Gemeinschaft zu werden.

Das Identitätskonzept des VB weist große Ähnlichkeiten mit der deutschen Vorstellung des ‚Volksnationalismus' auf, die auf einer gemeinsam geteilten Sprache und Kultur basiert. Die Ideologie des FN ist demgegenüber stärker mit dem traditionellen Modell des französischen ‚Staatsnationalismus' verbunden. Für den VB muss sich die Nation mit dem Staat decken, das heißt: die Staatsgrenzen sollten sich aus den bestehenden ethnischen und kulturellen Grenzen herleiten lassen. Aus diesem Grund habe der moderne belgische Föderalstaat ein unlösbares Problem, das nur durch die Schaffung eines unabhängigen Flanderns gelöst werden könne, das alle flämischen Gebiete (einschließlich der heute noch bilingualen Hauptstadt Brüssel) umfassen müsse. Die bestehende Grenze zu Frankreich wird akzeptiert, vorausgesetzt, dass der flämische Staat ‚alle notwendigen Schritte [unternehmen kann], um zu gewährleisten, dass sie [die ‚Flamen' im französischen Flandern] im Einklang

mit ihrer Natur leben können‘ (*Prinzipien*). Dasselbe gilt für die Grenze zu den Niederlanden, von der der VB aber hofft, dass sie durch die Bildung eines neuen (Flandern und die Niederlande umfassenden Föderalstaates) langfristig überwunden werden kann. Für Le Pen basiert ‚die französische Nation (...) hauptsächlich auf Blut, Erde und Erinnerung‘ (*Libération*, 14. Oktober 1996). Das Selbstverständnis Frankreichs als Staatsnation nimmt in der Konzeption des FN insofern eine einseitig ethnische Wendung, die mit dem Volksnationalismus des VB darin übereinstimmt, dass sie den Zugang zur Staatsbürgerschaft ausschließlich am Merkmal der Blutszugehörigkeit festmacht (*jus sanguinis*). Entsprechend werden Einbürgerungen auf der Basis des Territorialprinzips (wenn jemand im Lande selbst geboren ist) oder der Heirat mit einem Staatsbürger von beiden Parteien konsequent abgelehnt.

2.) Wählerunterstützung und Auswirkungen auf das Parteisystem

Die vorstehende Analyse hat die Bedeutung eines kohärenten Systems von Glaubenssätzen mit starken utopischen und populistischen Komponenten für die Entstehung und dauerhafte Etablierung der extremen Rechten in Frankreich und Belgien deutlich gemacht. Die kontinuierlichen Wahlerfolge des Vlaams Blok und Front National liegen demnach nicht nur in ihrer Fähigkeit begründet, Groll und Feindseligkeit gegen die politische Klasse zu schüren und auf diese Weise Protestwähler zu mobilisieren (Betz / Immerfall 1998). Sie verdanken sich auch der Entwicklung einer in sich stimmigen ideologischen Konzeption, der Fähigkeit, scheinbar handfeste und konkrete Antworten auf politische Probleme bereitzuhalten, die zu lösen die etablieren Parteien nicht mehr imstande waren (und sind), und diese Antworten in die Wählerschaft hinein mit der gebotenen Überzeugungskraft zu vermitteln.[2]

a) Wählermobilisierung und die Entwicklung der Parteiorganisation

[2] Die Bedeutung der Angebotsseite wird auch durch das wesentlich schwächere Abschneiden des belgischen Front National unterstrichen, der zwar auf lokaler Ebene einige beachtliche Wahlergebnisse verbuchen konnte, dem es aber nicht gelungen ist, sich im französischsprachigen Teil Belgiens als ernst zu nehmender Herausforderer der etablierten Parteien zu positionieren. Die Gründe dafür liegen zum einen im Fehlen eines kohärenten programmatischen Angebots, das über die Adoption von Elementen der VB- und FN-Plattformen hinausreicht, zum anderen in internen Rivalitäten und Richtungsstreitigkeiten sowie der Unfähigkeit der Partei, die verschiedenen Strömungen des Rechtsextremismus in der Wallonie zu einer schlagkräftigen Organisation zusammenzubinden. Trotz dieser Schwierigkeiten hat der Front National bei den jüngsten Wahlen einen deutlichen Aufschwung genommen. So konnte er bei den Regionalwahlen 2004 seine Stimmenanteile in Brüssel (5,4 Prozent) und Wallonien (8,1 Prozent) im Vergleich zu 1999 nahezu verdoppeln, nachdem er bereits bei den nationalen Parlamentswahlen 2003 in beiden Regionen zugelegt hatte (3,5 bzw. 5,6 Prozent, entsprechend einem landesweiten Stimmenanteil von 2,0 Prozent).

In Belgien hatte der VB seinen Durchbruch bei den Wahlen zum Europaparlament 1989 und den nationalen Parlamentswahlen 1991 erzielt (Ackaert / De Winter / Swyngedouw 1996). 1995 steigerte die damals noch von Karl Dillen geführte Partei ihren Stimmenanteil in Flandern auf 12,5 Prozent, nachdem sie in ihrer Hochburg Antwerpen bei den Kommunalwahlen im Jahr zuvor bereits 28,5 Prozent erzielt hatte. Bei den nationalen Parlamentswahlen kam der VB 1999 in Flandern auf 15,4 und 2003 auf 17,9 Prozent der Stimmen, was bezogen auf Gesamtbelgien einem Stimmenanteil von 9,9 bzw. 11,7 Prozent entsprach. Bei den ein Jahr später stattfindenden Regionalwahlen lag sein Ergebnis mit 24,2 Prozent nochmals deutlich darüber.

In Frankreich erreichten die beiden Kandidaten der extremen Rechten in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen 2002 zusammengenommen 19,2 Prozent der Stimmen. Le Pen schaffte dabei als Vertreter des Front National das Unvorstellbare, indem er mit 16,9 Prozent als Zweitplazierter in die Stichwahl gegen Präsident Chirac einzog, wo er seinen Stimmenanteil auf 17,9 nochmals leicht steigerte (Cautrès / Mayer 2004). Bei den anschließenden Wahlen zur Nationalversammlung ebbte die Unterstützung für die Rechtsextremen zwar auf 11 Prozent der Stimmen wieder ab, doch zeugten die Ergebnisse insgesamt von einer bemerkenswerten Konsolidierung der Position des FN im französischen Parteiensystem. Die Regional- und Kantonalwahlen im Jahre 2004 bestätigten diesen Trend und untermauerten zudem eindrucksvoll die Vorrangstellung des FN im rechtsextremen Lager. Nachdem sich Le Pens Generaldelegierter Bruno Mégret 1999 von seinem Ziehvater im Streit getrennt und eine eigene Partei, den später in *Mouvement National Républicain* (MNR) umbenannten *Mouvement National* (MN), aus der Taufe gehoben hatte, zu der mehr als die Hälfte der Funktionärselite und ein großer Teil der Parteibasis übertraten, war das keineswegs selbstverständlich. Das schwache Ergebnis des neuen Konkurrenten bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen (2,3 bzw. 1,1 Prozent) machte deutlich, dass es Mégret nicht gelungen war, zwischen dem radikalen Anti-System-Populismus des FN und einem pragmatischen Politikansatz eine glaubwürdige Brücke zu schlagen.

VB und FN müssen sich heute nicht mehr auf bloße Protestwähler verlassen, sondern können auf einen stabilen Pool konstanter Unterstützer zurückgreifen, der das Gros ihrer Wählerschaft ausmacht. Bei beiden Parteien ist die „Behaltequote“ von Wahl zu Wahl gestiegen und liegt inzwischen bei rund 90 Prozent der Wähler – ein Wert, der von keiner anderen rechtspopulistischen Partei in Europa erreicht wird (Evans / Ivaldi 2005, Swyngedouw / Boy / Mayer 2000). Eindrucksvoll ist auch ein Blick auf die geografische

Verteilung der Stimmen und die Wählerhochburgen. So hat der VB seine stärksten Bastionen bis heute in der Region Antwerpen, wo er seine Anti-Einwanderungskampagne auf einem Traditionsbestand radikaler nationalistischer „Grüppchen“ (*groupuscules*) aufbauen konnte. In den neunziger Jahren ist es den Rechtsextremen dann gelungen, ihre Unterstützungsbasis auch auf die Gebiete um Kortrijk (West-Flandern), Gent (Ost-Flandern) und Beringen (Limburg) auszudehnen, in denen sie ebenfalls überdurchschnittlich viele Stimmen verbuchen (Van Craen / Swyngedouw 2002). Der französische FN hatte seine Hochburgen Mitte der achtziger Jahre in der Pariser Region, im Nord Pas-de-Calais, im Elsass, im Departement Rhône-Alpes und in den südlichen, am Mittelmeer gelegenen, Küstenregionen (Perrineau 2003). Die Parlamentswahlen von 2002 und die Kommunalwahlen von 2004 zeigten eine ähnliche Verteilung, wobei der FN seine besten Zahlen in den urbanen Regionen erreichte, die mit De-Industrialisierung, Arbeitslosigkeit, einem hohen Ausländeranteil und überdurchschnittlicher Kriminalität konfrontiert sind.

Im Hinblick auf die Parteiorganisation sind die Stärken der beiden Parteien offensichtlich. So führten in Belgien die Wahlerfolge und das 1989 in Kraft getretene neue Parteienfinanzierungsgesetz dazu, dass der VB seine finanziellen Ressourcen beträchtlich ausweiten konnte. Dadurch war es den Rechtsextremen möglich, eine Propagandamaschinerie aufzubauen, mit deren Hilfe die Parteiaktivisten ihre ideologischen Vorstellungen unters Volk brachten (Spruyt 1995). Gemessen an ihrer Wählerbasis sind die Zuwendungen, die der VB aus der staatlichen Parteienfinanzierung erhalten hat, überproportional angestiegen; im Jahre 2000 beliefen sich diese Mittel auf über 1,7 Millionen Euro. Über die Mitgliederzahlen gibt es keine verlässlichen Informationen. Die Partei selbst bezifferte sie im Jahr 2000 mit 17.170 Personen, wobei der höchste Organisationsgrad in der Provinz Antwerpen und der Brüsseler Hauptstadtregion erreicht wird (Van Craen / Swyngedouw 2002). Wie sein französisches Gegenstück, unterhält der VB Verbindungen zu einer Reihe von ihm nahestehenden Organisationen am rechtsextremen Rand des Systems, von denen die meisten aus dem Umfeld jener nationalistischen Gruppen hervorgegangen sind, die während des Zweiten Weltkrieges mit den Nazis paktiert hatten. Die 1986 gegründete Jugendorganisation des VB hat sich für die Rekrutierung und Mobilisierung neuer Anhänger als besonders wichtig erwiesen. Weniger erfolgreich waren demgegenüber bis zuletzt Dewinters Bemühungen, die Partei über ein Netz von Randorganisation in die bürgerliche Mitte der Gesellschaft hinein auszubreiten.

In Frankreich stieg die Mitgliederzahl des FN von geschätzten 15.000 Mitte der achtziger Jahre auf ungefähr 40.000 im Jahre 2002. Nach eigenen Angaben der Partei betrug sie 2004 sogar 60.000. In den neunziger Jahren wurden der Ausbau des Parteiapparates stetig

vorangetrieben und Zweigstellen in allen 96 Départments eingerichtet. Die Verstärkung der autokratisch-zentralistischen Strukturen auf der Führungsebene ging dabei einher mit der Schaffung eines weit verzweigten Netzes von flankierenden Organisationen, publizistischen Zirkeln und Medien, mit deren Hilfe der FN Lobbyarbeit betreibt und seine Botschaften ins Land verbreitet. Das Gros der peripheren Organisationen besteht aus kleinen themenorientierten Gruppen, die aufgrund ihrer Abhängigkeit von einzelnen hingebungsvollen Aktivisten aber nicht mehr sind als leere „Muschelschalen“ (Ivaldi 2005). So wie der VB in Belgien konnte auch der FN in der Vergangenheit in wachsendem Maße auf die staatlichen Parteienfinanzierung zurückgreifen, aus deren Mitteln ihm zuletzt (2004) 4,6 Millionen Euro zugewendet wurden.

b) Stellung im Parteiensystem

Obwohl die rechtsextremen Parteien in Belgien und Frankreich ihren Stimmenanteile kontinuierlich ausweiten konnten und zu einem festen Bestandteil der nationalen, regionalen und lokalen Parteiensysteme geworden sind, bleiben sie in der Politik ihrer Länder bis heute marginalisiert. Auf die politische Agenda und das Verhalten der Mainstream-Parteien können sie nur mittelbar Einfluss nehmen, da ihnen der direkte Zugang zur Regierung weiterhin verwehrt wird.

Die Überführung des *Vlaams Blok* in den neu formierten *Vlaams Belang* soll dazu dienen, das Image der Partei in der Öffentlichkeit aufzubessern und ihr Koalitionspotenzial zu erhöhen. Indem sie sich einen gemäßtigeren Anstrich geben, möchten die flämischen Rechtsextremisten aus der politischen Quarantäne heraustreten, die von den Mainstream-Parteien über sie verhängt worden ist *(cordon sanitaire).* Wie weit der *cordon sanitaire* reicht, ist unter den etablierten Parteien aber durchaus umstritten. Das Spektrum reicht hier von absoluter Ablehnung jedweden Kontakts mit der extremen Rechten (dies ist z.B. der Standpunkt der Grünen Partei) bis hin zur Zurückweisung aller Koalitionen sowohl auf der lokalen wie auch auf der nationalen Ebene (dies ist die Position der anderen flämischen Parteien). Um der Stigmatisierung zu entrinnen, versucht der VB seit einiger Zeit verstärkt, sich für potenzielle Überläufer aus den Reihen der etablierten Parteien zu öffnen, denen dafür im Gegenzug lukrative Führungsposten versprochen werden. Bei den Parlamentswahlen 2003 und den im Jahr darauf stattgefundenen Regionalwahlen trug diese Strategie erste Früchte. Eine förmliche Zusammenarbeit wird es aber auch bei den 2006 anstehenden Kommunalwahlen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht geben, nachdem die

Parteien im wallonischen Landesteil (hier vor allem die Sozialisten) unmissverständlich deutlich gemacht haben, dass sie auf der nationalen Ebene mit keiner Partei koalieren werden, die durch eine Kooperation mit der extremen Rechte – und sei es auch nur auf der lokalen Ebene – kompromittiert sei.

Im Unterschied zu Belgien waren die Mainstream-Parteien in Frankreich zunächst durchaus bereit, formelle oder informelle Beziehungen zur extremen Rechten zu entwickeln. Nachdem sie erkennen mussten, dass der FN von dieser „Umarmungsstrategie“ selbst am meisten profitierte, hatte die konziliante Phase aber spätestens zu Beginn der neunziger Jahre ihr Ende. Die bürgerlichen Parteien (Neogaullisten und UDF) sprachen sich nun dezidiert gegen eine direkte oder indirekte Einbeziehung des FN in das Mitte-Rechts-Lager aus; stattdessen bildeten sie mit den Sozialisten zusammen eine gemeinsame „republikanische Front“ gegen die Rechtsextremen, wann immer sich deren Kandidaten anschickten, in die zweite Runde der Parlamentswahlen vorzudringen. (Im ersten Wahlgang müssen dazu 12,5 Prozent der Stimmen erreicht werden.) Insofern bleibt das Mehrheitswahlsystem in Frankreich ein entscheidender Faktor, wenn es darum geht, den Einfluss der extremen Rechten auf die Mainstream-Parteien zu begrenzen, da es den Kandidaten des FN so gut wie keine Chance lässt, aus eigener Kraft ins (nationale) Parlament zu gelangen (Ivaldi 2003).

Nachdem sich die gemäßigte Rechte einem wie immer gearteten Zusammengehen mit Le Pen kategorisch verweigerte, nahm der FN vom Ziel einer strategischen Öffnung ab Mitte der neunziger Jahre rasch Abstand. Stattdessen schlug die Partei einen verschärften Konfrontationskurs gegen die Mitte-Rechts-Parteien ein, wobei Le Pen seine Feindseligkeit jetzt vorrangig gegen den neu gewählten neogaullistischen Präsidenten Chirac richtete. Dass letzterer 1997 in eine Kohabitation mit dem sozialistischen Premierminister Jospin gezwungen wurde, erwies sich für die ‚weder rechts noch links‘-Strategie Le Pens als zusätzlicher Glücksfall. Mit Hilfe dieser Strategie gelang es dem FN, seine elektorale Anziehungskraft auf desillusionierte Wähler in beiden politischen Lagern zu verstärken.

c) Öffentliche Wahrnehmung und Einfluss auf den politischen Prozess

In Frankreich wird der FN allgemein als eine extreme und anti-demokratische Organisation wahrgenommen: In der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen von 2002 waren die spektakulären Demonstrationen gegen Le Pen und den FN von Seiten aller linken Parteien, Vereinigungen, Kirchen und Gewerkschaften ein klares Anzeichen für die starke Ablehnung der extremen Rechten durch die überwältigende Mehrheit der Wähler. Meinungsumfragen zufolge haben 85 Prozent der Franzosen eine negative Meinung von Le Pens Partei; mehr als

zwei Drittel (68 Prozent) halten sie sogar für eine Bedrohung von Frankreichs Demokratie (SOFRES-*Figaro Magazin* Umfrage, 23.-24. März 2005; SOFRES-*L'Express* Umfrage, 9.-10. April 2003).

Dennoch sind die Vorstellungen und Ideen des FN in die Sphäre der öffentlichen Debatte weit vorgestoßen und werden von Teilen der Wählerschaft in einem Maße geteilt, das über die tatsächliche elektorale Stärke des Rechtsextremismus hinausweist. Eine Trendanalyse von Meinungsumfragen in der Zeit von 1984 bis 2003 zeigt eine ziemlich stabile öffentliche Unterstützung für die Themen und Ideen des FN an, die zwischen 20 und 25 Prozent der gesamten Bevölkerung liegt (SOFRES-*Le Monde*-RTL, November 2003). Der Rechtsextremismus hat es also geschafft, in der Gesellschaft Wurzeln zu schlagen und die Überzeugungen eines beträchtlichen Teils der französischen Wählerschaft ideologisch zu infiltrieren. Darüber hinaus hat der FN handfeste politische Wirkungen erzeugt. Die kontroversen Themen, die von ihm öffentlich aufgebracht wurden, führten zu politischen Kursänderungen auf Seiten der gemäßigten Rechten. Deren Vertreter begegneten Le Pen zwar nach außen hin weiter mit Abscheu. In der Substanz näherten sie sich jedoch seinen Positionen an, indem sie für eine Verschärfung der Einwanderungsgesetze sorgten und zur multikulturellen Gesellschaft auf Distanz gingen. Den vorläufigen Höhepunkt erreichte die Kooptation im Wahljahr 2002, als die bürgerliche Rechte das Kriminalitätsthema zum Leitmotiv ihrer Kampagne machte (Perrineau 2003). Obwohl es ihr nicht gelang, dem FN damit elektoral das Wasser abzugraben, wurde der restriktive Kurs konsequent umgesetzt und nach 2002 sogar noch weiter verschärft. So machte sich Innenminister Sarkozy erst unlängst (im Juni 2005) – wenn auch in verklausulierter Form – für eine Einführung von Einwanderungsquoten und die Verstärkung der Polizeikontrollen an Frankreichs Grenzen stark, um die illegale Zuwanderung zurückzudrängen. Dabei verstieg er sich sogar zu der Feststellung, dass den Franzosen ‚Priorität bei der Stellenvermittlung gegeben werden müsse' – was inhaltlich und der Diktion nach genauso gut von einem Vertreter der extremen Rechten hätte geäußert werden können.

Obwohl die überwältigende Mehrheit der flämischen Wähler von sich behauptet, sie würde niemals für den *Vlaams Blok* stimmen, ist der Einfluss der extremen Rechten auf die Wahlplattform anderer Parteien und deren ideologische Ausrichtung auch in Belgien mit Händen zu greifen: So lassen sich eindeutige Veränderungen der Mainstream-Politik im Hinblick auf ureigene Themen der Rechtsextremen wie z.B. Einwanderung, Asyl, Integration ethnischer Minoritäten oder Recht und Ordnung ausmachen. Wie im französischen Fall gibt es auch hier einen eindeutigen Trend hin zu restriktiveren Positionen – sowohl bei den

Regierungs- als auch bei den Oppositionsparteien. So wurden z.B. Maßnahmen ergriffen, die die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber und die Rückführung illegaler Zuwanderer in ihre Herkunftsländer erleichtern sollen. Legale Einwanderer müssen in Zukunft einen Integrationskurs besuchen und dort die niederländische Sprache erlernen; verweigern sie sich der Teilnahme, droht ihnen die Streichung oder Kürzung sozialer Leistungen. Den nach dem VB rigorosesten Standpunkt in Sachen Einwanderung und inneren Sicherheit nehmen gegenwärtig die Flämischen Liberalen und Demokraten (VLD) des amtierenden Premierministers Guy Verhofstadt ein. Deren ehemaliger Justizminister hat z.B. öffentlich gefordert, dass wissenschaftliche Untersuchungen über den Zusammenhang von Kriminalität und Ethnizität durchgeführt werden sollten. Bezeichnend ist auch, dass die neue flämische Regierung lieber von „Einbürgerung“ als von „Integration“ spricht, wenn es um die Aufnahme der Einwanderer in die nationale Gemeinschaft geht. Zum assimilatorischen Konzept der extremen Rechten gibt es hier kaum noch einen Unterschied.

3.) Schlussbemerkung

Ungeachtet der jeweiligen kontextuellen, kulturellen und historischen Eigenarten offenbart die vergleichende Analyse des flämischen VB und des französischen FN eine Reihe von bemerkenswerten Gemeinsamkeiten. Beide Parteien haben ihre Wählerschaft seit Mitte der achtziger Jahre kontinuierlich ausweiten bzw. auf einem hohen Niveau stabilisieren können, beide verfügen über gut funktionierende und gesellschaftlich weit verzweigte Organisationen und beide haben sich in den politischen Systemen ihrer Länder dauerhaft festgesetzt. Der wachsende Zuspruch für die extreme Rechte stellt für die etablierte Politik in Belgien und Frankreich eine noch nie dagewesene Herausforderung dar, da er das Kräfteverhältnis zwischen den Parteien nachhaltig verändert hat. Auch wenn die übergroße Mehrheit der Wähler den rechtsextremen Parteien ablehnend gegenüberstehen und der Mainstream jede Zusammenarbeit mit ihnen verweigert, üben sie dennoch großen Einfluss auf den öffentlichen Diskurs und die tatsächliche Politikgestaltung (auf nationaler, regionaler wie kommunaler Ebene) aus. Indem sie kontroverse Themen wie Einwanderung und Kriminalität auf die Tagesordnung setzten, konnten VB und FN die Mainstream-Parteien vor sich hertreiben, sie zu einer Veränderung ihrer Politik veranlassen und damit zugleich ihrer eigenen Delegitimierung entgegenwirken. Parallel dazu ist es ihnen gelungen, ihre ideologischen Positionen in weite Bereiche der Gesellschaft hinein zu verbreiten.

Die vergleichende Analyse der gesellschaftlichen Utopien des FN und des VB offenbart große ideologische Gemeinsamkeiten. Beide Parteien vertreten eine kaum verborgene anti-demokratische Konzeption, die auf ethnozentrischen, autoritären und anti-egalitären Werten basiert. Sie teilen dieselben Ansichten über Einwanderer, Frauen und Familie, Parteien und politische Institutionen, Wirtschaft und Sozialstaat und die EU. Diese Übereinstimmungen deuten darauf hin, dass die anti-systemischen, populistischen und neo-rassistischen Grundpositionen innerhalb der Ideologie der extremen Rechten größere Bedeutung erlangen als der jeweilige nationale Kontext, in dem sie vertreten werden und in dem die rechtsextremen Parteien entstanden sind. So lässt sich z.B. auch erklären, warum die belgischen und französischen Rechtsextremisten trotz ihres nationalen bzw. nationalistischen bias im Europäischen Parlament anscheinend gut zusammenarbeiten (Abramowicz 1996).

Die Präsenz eines strukturierten ideologischen Glaubenssystems, das die soziale Realität abzubilden vorgibt, liefert eine Erklärung für den konstanten Erfolg des Rechtsextremismus in Belgien und Frankreich und unterscheidet dessen Vertreter zugleich von bloßen Protest- oder Einpunktparteien. Trotz Veränderungen in den Mustern des Parteienwettbewerbs, der versuchten strategischen Öffnung gegenüber dem Mainstream und einer Reihe von taktisch motivierten Anpassungen, hat sich das ideologische Gerüst beider Organisationen im Laufe der Jahre als äußerst beständig erwiesen.

Dass die Ideologie der extremen Rechten ihrem Wesen nach undemokratisch ist, bedarf nach dem Gesagten keiner nochmaligen Unterstreichung. Auch wenn sich VB und FN zu den Prinzipien der repräsentativen Demokratie vorderhand bekennen und behaupten, dass sie ihr faschistisches Erbe hinter sich gelassen hätten, stellen sie doch eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die fundamentalen Rechte des Individuums dar, auf denen der freiheitliche Staat beruht. Letztlich zielen VB und FN darauf ab, dessen Grundwerte und damit den demokratischen und sozialstaatlichen Konsens der Nachkriegszeit in Frage zu stellen. Insofern unterscheiden sie sich nicht wesentlich von dem revolutionären Versuch des Faschismus, eine neue Ordnung auf den Ruinen der alten Gesellschaft zu errichten.

Literatur

Besonders wichtige Titel sind mit einem Sternchen gekennzeichnet.

Abramowicz, Manuel (1996), Les Rats Noirs de l'Extrême Droite en Belgique Francophone, Brüssel.

Abts, Koen (2004), Het populistisch appel. Voorbij de populaire communicatiestijl en ordinaire democratiekritiek, in: Tijdschrift voor Sociologie 25 (4), S. 451-476.
Ackaert, Johan / Lieven De Winter / Marc Swyngedouw (1996), Belgium: An Electorate on the Eve of Desintegration, in: Cees Van Der Eijk / Mark Franklin (Hg.), Choosing Europe ?, Ann Arbor, S. 59-77.
Betz, Hans-Georg / Stefan Immerfall, Hg. (1998), The New Politics of the Right. Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies, New York.
*Cautrès, Bruno / Nonna Mayer, Hg. (2004) Le nouveau désordre electoral. Les leçons du 21 avril 2002, Paris (Presses de Sciences Po / Collection Académique).
Decker, Frank (2004), Der neue Rechtspopulismus. 2. Aufl., Opladen.
Eatwell, Roger / Cas Mudde, Hg. (2004), Western Democracies and the New Extreme Right Challenge, London.
Evans, Jocelyn A.J. (2003), The Dynamics of Social Change in Radical Right-wing Populist Party Support, Paper prepared for the 14th Conference of the Council of European Studies, Chicago, 11 – 13 March.
*Evans, Jocelyn A.J. / Gilles Ivaldi (2005), An Extremist Autarky: the Systemic Separation of the French Extreme Right, in: Southern European Society and Politics (forthcoming).
Gibson, Rachel K. (2002), The Growth of Anti-Immigrant Parties in Western Europe, Lewiston.
Hainsworth, Paul, Hg. (2000), The Politics of the Extreme Right. From the Margins to the Mainstream, London / New York.
Hargreaves Alec G. / Jeremy Leaman, Hg. (1995), Racism, Ethnicity and Politics in Contemporary Europe, Aldershot u.a.
Hunter, Marc (1997), Un américain au Front, Enquête au sein du FN, Paris.
Ivaldi, Gilles (1998), The National Front: The Making of an Authoritarian Party », in: Piero Ignazi / Colette Ysmal (Hg.), The Organization of Political Parties in Southern Europe, Westport, S. 43-69.
Ivaldi, Gilles (1999), La scission du Front national, in: Regards sur l'actualité. Documentation Française No. 251 (Mai), S. 17-32.
*Ivaldi, Gilles (2003), The Front National Split: Party System Change and Electoral Prospects, in: Jocelyn A.J. Evans (Hg.), The French Party System, Manchester, **Seite**
*Ivaldi, Gilles (2005), Les formations d'extrême-droite: Front national et Mouvement national républicain, in: Pierre Bréchon (Hg.), Les partis politiques français, **Ort, Seite**
Kitschelt, Herbert (1995), The Radical Right in Western Europe: A Comparative Analysis, Ann Arbor.
Mannheim, Karl (1929) Ideologie und Utopie, Bonn.
Merkl, Peter H. / Leonard Weinberg, Hg. (1997), The Revival of Right-Wing Extremism in the Nineties, London.
Mudde, Cas (1996), The War of Words Defining the Extreme Right, in: West European Politics 19 (2), S. 225-248.
Mudde, Cas (2000), The Ideology of the Extreme-Right, Manchester.
*Perrineau, Pascal, Hg. (2003), Le vote de tous les refus, les élections présidentielles et législatives de 2002, Paris.
Schain Martin / Aristide Zolberg / Patrick Hossay, Hg. (2002), Shadows over Europe: The Development and Impact of the Extreme Right in Western Europe. New York.
Schedler, Andreas (1996), Anti-Political-Establishment Parties, in: Party Politics 2 (3), S. 291-312.
Spruyt, Marc (1995), Grove Borstels. Stel dat het Vlaams Blok morgen zijn programma realiseert, hoe zou Vlaanderen er dan uitzien?, Löwen.
Swyngedouw, Marc (1992), National Elections in Belgium: The Breakthrough of Extreme Right in Flanders, in: Regional Politics and Policy 2 (3), S. 62-75.

Swyngedouw, Marc (1995a), Les nouveaux Clivages dans la Politique Belgo-Flamande, in: Revue Française de Science Politique 45, S. 775-790.
*Swyngedouw, Marc (1995b), The 'Threatening Immigrant' in Flanders 1930-1980: Redrawing the Social Space, in: Journal of Ethnic and Migration Studies 21 (3), S. 325-340.
*Swyngedouw, Marc (2000), Belgium: Explaining the Vlaams Blok – City of Antwerp Relationship, in: Paul Hainsworth (Hg.), **The Politics of the Extreme Right,** London / New York, S. 121-143.
Swyngedouw Marc / Koen Abts / Maarten Van Craen, M. (2005), Our Own People First in a Europe of Peoples: The International Policy of the Vlaams Blok, in: Christina Liang (Hg.), Europe for the Europeans! The Foreign Policy of Neo-populist Parties, Ashgate (forthcoming).
Swyngedouw Marc / Daniel Boy / Nonna Mayer (2000), Mesure de la volatilité électorale en France (1993-1997), in: Revue Française de Science Politique 50, S. 489-514
Taggart, Paul (1995), New Populist Parties in Western Europe', in West European Politics 18 (1), S. 34-51.
*Taguieff, Pierre-André (1989), La métaphysique de Jean-Marie Le Pen / Un programme révolutionnaire?, in: Nonna Mayer / Pascal Perrineau (Hg.), Le Front national à découvert, Paris, S. 173-227.
Van Craen, Maarten / Marc Swyngedouw (2002), Het Vlaams Blok doorgelicht. 25 jaar extreem-rechts in Vlaanderen, Löwen (Institute of Social and Political Opinion Research).
*Wimmer, Andreas (1997), Explaining Xenophobia and Racism: A Critical Review of Current Research Approaches, in Ethnic and Racial Studies 20 (1), S. 17-41.